



SCHARIA KAPITALISMUS

WIE WIR DEN KAMPF GEGEN UNSERE FREIHEIT SELBST FINANZIEREN

SASCHA ADAMEK

Kurz - Zusammenfassung

1. Die Scharia – AG

In der Finanzwelt findet, vielfach unbeachtet von der Öffentlichkeit, eine Islamisierung statt, d. h. Geld von islamischen Investoren spielt eine zunehmende Rolle. Vorzugsweise springen Investoren aus Scharia-Staaten als Retter von in Not geratenen Konzernen ein.

Zur Veranschaulichung:

- Banco Internationale à Luxembourg - Katar 89,9 %
- Harrods - Katar 75 %
- Alitalia - VAE 29,22 %
- Crédit Suisse - Katar 17,74 %
- Air Berlin - VAE 29,2 %
- British Airways - Katar 20%
- Londoner Börse - Katar 10,3%
- Daimler - Kuwait 6,8%
- Volkswagen - Katar 14,6%
- Usw. S. 16

Mit diesen Investitionen wollen die vom Öl abhängigen Staaten sich wirtschaftlich breiter aufstellen und die eigenen Volkswirtschaften diversifizieren.

Laut Scharia sind Zinseinnahmen grundsätzlich verboten. Renditen aus aktiennotierten Unternehmen hingegen, werden nicht als Zins, sondern als Gewinnbeteiligung gewertet. Geldanlagen in der Waffen-, Alkohol-, Schweinefleisch-, Glücksspiel- und Pornoindustrie sind nicht erlaubt. Aber: die Renditen aus den Investments an Daimler oder der Deutschen Bank wurden wegen der Beteiligungen an der Rüstungsindustrie nicht zurückgewiesen. Saudi-Arabien ist nun selbst zum Produzenten von Waffen (Lizenz für das dt. Sturmgewehr G36) geworden.

„Vor dem Hintergrund der ausdrücklichen Verbote nehmen islamische Finanzgeschäfte im europäischen Rechtsrahmen oftmals den Charakter pragmatischer Umgehungsgeschäfte an.“ (S. 26) Der Scharia-Kapitalismus hält sich meist nicht an die Scharia, Religion ist dabei nur aufgesetzt. Schon allein die Beteiligung an Tourismus - und Hotelkonzernen sind nicht mit der Scharia in Einklang zu bringen. Tarif Ramadan und Yusuf al-Qaradawi (gehören der Muslimbruderschaft an) haben diesbezüglich jedoch eine neue Flexibilität entwickelt. Dieser Kapitalismus zeigt sich letztlich als ein opportunistisches System; dahinter steht keine Ethik. (S. 30) Scharia-Konformität wird zwar nur halbherzig umgesetzt, aber dieses Denken hat bereits Eingang in das Europa Bankwesen gefunden. Der Islam gewinnt in Europa mehr und mehr an Boden.

Die Dt. Bank legt Scharia konforme Fonds auf usw. Menschenrechtsverletzungen auf Seiten dieser Staaten spielen dabei keine Überlegungen.

In gesellschaftlichen Belangen existiert diese Flexibilität allerdings nicht. Multikulturelle hat in diesem Denken keinen Platz. Muslime sollen unter Muslimen aufwachsen und leben.

Obama-Administration schützte nach dem 11. Sept. 2001 die Saudis, denn es wurden auch hochrangige Unterstützer des Anschlags namentlich bekannt. Der saudische Außenminister drohte mit Verkauf sämtlicher US-Staatsanleihen, falls der brisante Teil aus dem Bericht über 9/11 veröffentlicht würde.

2. KATAR

Eines der reichsten Länder der Welt mit intensiven Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei in Bezug auf Bauwesen und Rüstung, guten Kontakten zum Iran und zur Hamas.

313.000 Staatsbürger und 2,3 Mill. Gastarbeiter aus Zentral/Ostasien und Afrika, die gering entlohnt unter äußerst prekären Bedingungen arbeiten. (Übrigens hat Beckenbauer Katar im Zusammenhang mit der Fußball WM 2022 verteidigt. Er hätte dort niemals Arbeiter in sklavenähnlichen Bedingungen gesehen.) Die katastrophalen Arbeitsbedingungen haben sich trotz Ankündigungen von Reformen nicht gebessert, v. a. nicht für die Hausangestellten. Hier stellt sich die Frage, wie diese Ausbeutung mit der Barmherzigkeit des Islam vereinbar ist. Islamische Gelehrte liefern für diese Willkür der Arbeitgeber jedenfalls noch eine religiöse Rechtfertigung. (S. 72)

Die 5. Säule des Islam, Zakat, fordert von den Gläubigen mind. 2,5 % ihrer Überschüsse zu spenden. Hunderte Mill. Euro fließen so an humanitäre und religiöse Stiftungen, Wohlfahrtsorganisationen und auch an die Hamas, die als legitime Widerstandsbewegung gesehen wird.

Auch al-Qaida-Ableger werden von namhaften Persönlichkeiten wie Abdulrahman bin Omeir al-Nuaymi unterstützt und trotz US-Terrorliste vom Emirat in Ruhe gelassen, unbeschadet blieb auch sein Ansehen. Als Islamist und Terrorunterstützer eingestuft, finanziert der umtriebige mit zahlreichen Ämtern ausgestattete al-Nuaymi über die Eid-Stiftung (al-Thani Charitable Foundation) auch islamistische Moscheen in Deutschland. (Diese sowie die Qatar Charitable Foundation tragen mit den Spendengeldern den radikalen Islam in den Westen.)

Katar gilt auch als wichtiger Unterstützer der Muslimbruderschaft. Yusuf al-Qaradawi, einer der bedeutendsten Gelehrten im sunnitischen Islam und genießt den Schutz der katarischen Staatsbürgerschaft und gilt als „Spiritus Rector“ dieser Vereinigung. Er tritt für die Scharia ein und für die Vernichtung Israels.

3. SAUDI ARABIEN

Als „arabischer Warren Buffett“ wird Prinz Alwaleed bin Talal bin Abdulazis al- Saud, Enkelsohn des Gründers der Dynastie, Abd al-Aziz bin Saud, bezeichnet. Er erwarb ab den 80er Jahren Beteiligungen u. a. an der Kirch-Gruppe, an Möwenpick Hotels, Walt Disney, McDonald's, Procter & Gamble, Amazon.com, eBay, Apple, Hotelkette Four Seasons, Twitter; er rettete Immobilienprojekte im Londoner Hafenviertel und Disneyland Paris.

Von islamischen Geistlichen wird es wegen so mancher unislamischeren Finanzgebarung argwöhnisch betrachtet, auch deshalb, weil er die Stellung der Frau zu verbessern sucht.

Er gründete die Stiftung Alwaleed Philanthropies, die in GB das Alwaleed Centre finanziert, mit dem Ziel, das Verständnis für den Islam zu verbessern.

Auf deren Webseite findet sich ein Leitfaden, der ein strenges Verständnis bezüglich des Verhaltens von Männern und Frauen zueinander enthält; Tanzen, gemeinsame Ausflüge usw. ablehnt. Frauen haben ihren Körper bis auf Gesicht und Hände zu verhüllen. Homosexualität ist verboten; die Evolutionstheorie wird abgelehnt.

Nach dem Anschlag vom 11. Sept. wurden die Ermittlungen des FBI eingestellt, die Verwandten von Osama bin Laden konnten das Land verlassen. Erst 2016, als die 28 geheimen Seiten des Berichtes über diesen Anschlag veröffentlicht wurden, sind nun die Verbindungen der Attentäter zu Osama bin Ladens Bruder bekannt.

2017 erst war eine Klage der Geschädigten von 9/11 gegen das Königreich Saudi-Arabien möglich. Dabei wurde auch die bekannteste Wohltätigkeitsorganisation Al Haramain Foundation benannt, die in Beziehung zur saudischen Regierung steht und Extremisten wie Terroristen finanziert.

Der Grund für die Verschonung saudischer Staatsbürger sind die engen Beziehungen der USA zu Saudi-Arabien seit den 40er Jahren wegen der Ölförderungen und der engen Kontakte des Bush-Clans. (Die Clinton-Foundation hat über die Jahre etwa 25 Mill. Dollar von Saudi-Arabien angenommen.)

Mittlerweile bekämpft Saudi-Arabien die direkte Terrorfinanzierung, exportiert aber weiterhin den Extremismus und beansprucht die islamische Führungsmacht und verbreitet systematisch und offensiv weltweit seine Staatsreligion. Dies wirkt sich auf Gesellschaften destabilisierend aus, wie z. B. in Südostasien, Afghanistan, Pakistan, West- und Ostafrika, am Balkan und im Kaukasus. Diese wahhabitische Missionstätigkeit schürt religiöse Konflikte, wo es bereits politische Spannungen gibt.

Muslimische Prediger wie Mamdouh al-Harbi predigen weiterhin: „Das Konzept, das wir diskutieren heißt ‚Terrorismus‘. ... von Gott gesegnet. Und - Sie werden überrascht sein - es wird sogar von der Scharia gefordert. Denn das Wort ‚Terrorismus‘ wird von Allah und seinem Propheten Muhammad gewünscht ...“ (S. 102) Das bedeutet natürlich Kampf gegen die Ungläubigen.

Etwa 700 bis 1.000 Wohltätigkeitsorganisationen fördern v. a. die islamische Erziehung. Allein die saudische Regierung finanzierte von 1973 bis 2002 islamische Institutionen mit ca. 80 Mrd. Dollar. (S. 100)

4. DEUTSCHLAND

Von hier fließen Spendengelder, die z. T. von Wanderpredigern in ganz Europa gesammelt werden, zu Terrororganisationen oder Geld wird in dt. Firmen und Immobilien geparkt. Attentäter wie der illegal eingereiste Amis Amri (Weihnachtsmarkt Berlin 2016) leben von Sozialgeldern (mehrfach unrechtmäßig bezogen), vom Drogenhandel usw. Natürlich nicht nur in Deutschland.

Deutschland gilt als Rückzugsraum für Terroraktivitäten, von den Sicherheitsbehörden weitgehend in Ruhe gelassen. Die Hizbullah beispielsweise verfügt über das weltweit ausgeklügeltste Geldwäschesystem mit Verbindungen bis zum südamerikanischen Drogenhandel. (S. 108) Nur selten gelingt es, darin verwickelte Clans auszuheben. Terror kann nur bekämpft werden, wenn diese finanziellen Machenschaften aufgelöst werden durch effiziente Finanzkontrolle und strikte Umsetzung der EU-Geldwäscherichtlinien. In Berlin z. B. werden neue Kaufverträge nicht auf Terrorverdächtige hin überprüft. D.h. ein Immobilienbesitzer, der lange genug in Deutschland ansässig ist, hat nichts zu befürchten, auch wenn er auf der Terror- Sanktionsliste steht. Dieser laxer Umgang mit EU-Regeln - und auch Personalmangel - hat natürlich eine Sogwirkung auf extremistische und terroristische Organisationen.

Geldwäscheexperte Andreas Frank: „Wenn ich die Leute wirklich daran hindern will, in Europa und Deutschland Anschläge zu begehen, dann muss ich Sie beim Geld fassen.“ (S. 124)

5. ISLAMISMUSEXPORT AUS REICHEN SCHARIA-STAATEN

Die Alltagsradikalisierung von Kindern und Jugendlichen sei in Deutschland ein flächendeckendes Problem, das leider von vielen Teilen der Politik ignoriert werde, sagt Ahmad Mansour, Islamismus-Experte und Psychologe. (S. 127) Immer häufiger geschieht dies über islamistische Moscheevereine, von denen es mindestens 100 in Deutschland gibt (von insgesamt etwa 700) und die auch teilweise unter Beobachtung stehen. Der Religionspädagoge Abdel-Hakim Ourghi schätzt, dass die großen Islamverbände ca. 15 % der deutschen Muslime vertreten, die anderen leben nicht religiös und lehnen Gewalt als Mittel der Religion ab. (In D gibt es rund 2.700 Moscheen. Etwa 960 unterhält die DITIB, rund 300 gehören zu Milli Görüs, fast 280 zum Verband der islamischen Kulturzentren. Daneben gibt es noch bosnische und albanische Moscheevereine. Ca. 290 Moscheen sind verbandsfrei.

Darüber hinaus wird radikales Gedankengut, Abschottung, Abgrenzung von Ungläubigen und Gottesgehorsam auch noch über Satelliten-Fernsehen und Internet beworben.

Die deutschen Geheimdienste kamen zu folgendem Befund: „Die arabischen Missionierungsorganisationen“ stammen überwiegend aus Kuwait (Revival of Islamic Heritage Society), Katar (Sheikh Eid bin Mohammed al-Thani Charity) und Saudi-Arabien (Muslim World League). Sie hätten „offiziell den Status von Nichtregierungsorganisationen, sind jedoch vielfach eng mit den staatlichen Stellen Ihrer Herkunftsländer verbunden.“ (S. 129) Ziel ist die Missionierung von Nichtmuslimen sowie von fehlgeleiteten Muslimen. Auf Anfragen des Autors an diese Wohltätigkeitsorganisationen gab es nur Schweigen.

Mit diesen Mitteln wurden Stätten der radikal-islamischen Indoktrination (samt Verbreitung von extremen Judenhass schon unter Kindern) in ganz Deutschland geschaffen.

Islamistische Vereine genießen Steuerprivilegien, wofür letztlich die Steuerzahlenden aufkommen müssen. Es regiert eine Politik des Wegschauens. Koranschulen, obwohl „Schulen“, unterliegen keinerlei Kontrolle. Kindern wird Körperfeindlichkeit und ein Gottesbild vermittelt, das von Angst und Hölle geprägt ist; gute Schülerinnen mit 12 Jahren sprechen nur mehr von einem Leben als Hausfrau und Mutter. Laut salafistischem Gedankengut (mehr als 10.000 Salafisten 2017 in D) wird die Menschheit in Gläubige und Ungläubige eingeteilt.

Gemeinnützige Vereine sind nicht zur Offenlegung ihrer Bilanzen verpflichtet. Der Autor hat betr. Finanzierung an alle 2.700 Moscheen Anfragen gerichtet und fünf Antworten erhalten. (S. 140) Transparenzpflicht wäre eine der dringlichsten politischen Aufgaben. Nach Aussagen von wenigen Imamen werden ausländische Spendengelder zur Re-Islamisierung Europas gezielt eingesetzt. Imam Mazlum K.: „... heute wird die Gegnerschaft zu anderen gelehrt. ... Es wird eindimensional radikalisiert, zur Erbarmungslosigkeit erzogen.“ (S. 142) Schüler/innen definieren sich seit Jahren zunehmend über Religion. Das führt dazu, dass sich eine Parallelbildung etabliert - offizieller Lehrstoff an Schulen und das, was in Moscheen verbreitet wird. („Mein Imam sieht das aber ganz anders.“ S. 150) Lehrkräfte fühlen sich zunehmend hilflos angesichts der geschickten Gehirnwäsche durch Koranschulen, die von islamischen Staaten finanziert werden.

Staatliche Behörden machen dabei oft mit, z. B. durch Finanzierung islamischer Schulen. Ein Durchgriffsrecht, wenn der Koran über das Grundrecht gestellt wird, gibt es so gut wie nicht.

6. 960 DITIB-MOSCHEEN VON ERDOGANS GNADEN

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) galt lange Zeit als gemäßigt, steht jedoch in Abhängigkeit von der Türkei und verbreitet buchstabengetreue Koranauslegung. Extremistischen oder antisemitischen Vorfällen wird jedoch nur wenig entgegengetreten.

Aus Steuermitteln erhalten DITIB-Vereine Millionen für Projekte zur Bildungs- und Flüchtlingsarbeit aus diversen Ministerien. (Seit 2012 über 7 Mill. Euro) Nach Spionagevorwürfen wurden Mittel vorübergehend eingefroren, dann aber wieder frei gegeben.

Berichte des Bundesinnenministeriums bestätigen das doppelte Spiel des NATO-Partners Türkei, indem massiv internationale Islamisten und Dschihadisten unterstützt werden. So gibt es auch Kontakte zwischen dem Chef von Diyanet (Türkische Religionsbehörde, der auch DITIB und in Österreich ATIB untersteht) und maßgeblichen Unterstützern von al-Qaida.

„Je länger aber der Dachverband DITIB als verlängerter Arm des türkischen Staates agiert, desto schwieriger ist es für seine Mitglieder, als Muslime in Deutschland wirklich anzukommen.“ (S. 173)

7. BLACKBOX MOSCHEEFINANZIERUNG

Die Muslimbruderschaft (MB), 1928 gegründet, ist die größte und einflussreichste sunnitische islamistische Organisation (oder besser: Verkörperung einer Idee) mit dem Ziel, einen weltweiten islamischen Staat auf Grundlage der Scharia zu errichten. Der Dschihad (als Anstrengung oder als bewaffneter Kampf zu verstehen) ist dabei der Weg. (S. 177) Vorrangiges Ziel ist die Zerstörung Israels. Die Grenzen zu den Salafisten sind fließend. Al-Qaradawi rechtfertigt schließlich auch terroristische Anschläge. (Die Hamas wurde 1987 als Zweig der palästinensischen MB gegr.) Die MB setzt dabei auf einen länger dauernden Prozess - durch Vernetzung in Politik, Wirtschaft und v. a. durch Aufbau eines parallelen Bildungssystems, das Integration verhindert. Die innere Struktur der MB ähnelt einer Sekte, mit klarer Hierarchie und vielen kleinen Zellen. Die Mitgliedschaft muss verschwiegen werden.

Sie hat reiche Mitglieder in ihren Reihen und verfügt über ein internationales Finanzsystem. Auch über Spenden finanziert sich die MB. 2,5 % des Einkommens (Muslimbrüder 5-8 %) müssen für Arme abgeliefert werden; seit einiger Zeit auch für die Verbreitung des Islam. (Lt. Rechtsgelehrten al-Shafi'i as-Shafi'i) Der Geschäftsmann und islamische Multifunktionär Ibrahim El-Zayat - mit guten Beziehungen nach Saudi-Arabien - nimmt bei den schwer durchschaubaren Finanzgeschäften eine vorrangige Rolle ein. (S. 193 ff.) Von der Öffentlichkeit unbemerkt, wurde am 12. März 2016 in Berlin-Neukölln der Fatwa-Ausschuss Deutschland gegründet, ein Pendant des „European Council of Fatwa and Research“, an dem auch El-Zayat involviert war. Damit sollte in D eine einheitliche islamische Rechtsprechung ermöglicht werden. (Fatwas sind von islamischen Gelehrten getroffene Rechtsurteile.) Zahlreiche hochrangige Imame und Rechtsgelehrte aus dem In- und Ausland waren zugegen. Nach Sigrid Hermann-Marschall dient dies dazu, den liberalen Islam in D zurückzudrängen.

Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD, 1958 gegr., natürlich bemüht, diese Verbindung zu verschleiern) ist die wichtigste Organisation der MB in D mit etwa 50 Moscheevereinen und ist auf politische sowie gesellschaftliche Einflussnahme ausgerichtet. Demokratische Systeme werden nur als Übergangslösung akzeptiert. Die IGD kooperiert mit Milli Görüs, die sich auf ca. 300 Moscheevereine und etwa 10.000 islamistische Anhänger stützt.

Der IGD wurde 1999 die Gemeinnützigkeit entzogen, nahestehende Vereine genießen sie weiterhin. Es entstehen mehr und mehr Vereinsstrukturen, die schwer kontrollierbar sind.

Gerne werden von Moscheen populäre extremistische Prediger eingeladen, die für Ihre Attacken gegen Juden, Schiiten, Homosexuelle bekannt sind, das Schlagen von Frauen verteidigen und dass „... Schädel zu zertrümmern und Körperteile abzuschlagen, um Allahs Willen und zur Verteidigung seiner Religion eine Ehre für den Gläubigen ist ...“ (So der saudische Gelehrte Muhammad al-Arifi in einer ägyptischen Fernsehsendung 2012. S. 202) Das animiert v. a. junge Gläubige zu kommen.

Bundesfamilienministerin Christina Schröder (CDU) wollte erreichen, dass nur Initiativen auf dem Boden des Grundgesetzes gefördert werden, sog. Demokratieerklärung. Wegen Proteste von linken Politikern und Netzwerken wurde diese 2014 wieder abgeschafft. Kurz gesagt, der Staat macht es extremistischen Verbänden und Personen weiterhin leicht.

8. ISLAMIC RELIEF

Die Organisation ist in mehr als 40 Ländern aktiv (Dachorganisation Islamic Relief Worldwide, IRW, Birmingham) und unterstützt Menschen mittels Nothilfe- und Entwicklungsprojekten in vornehmlich muslimischen Ländern. Israel stuft sie als illegale Organisation ein (2014 verboten), die als Teil des Finanzsystems der Hamas angesehen wird. (S. 210) 2016 startete Islamic Relief Deutschland (IRD) die Hilfsaktion „Speisen für Waisen“ (für syrische Waisenkinder im Libanon), die von Personen der Politik unterstützt wurde. Überdies erhält die 1996 in D gegründete Hilfsorganisation auch finanzielle Mittel in Millionenhöhe von verschiedenen Ministerien. 2011-2015 wurden von IRD knapp 32 Mill. Euro an die Dachorganisation abgeliefert. (IRD betont die Unabhängigkeit vom Dachverband, doch es gibt unzählige personelle Verflechtungen.) Da es sich um einen gemeinnützigen Verein handelt (die Gemeinnützigkeit müsste dringend geprüft werden, weil der Dachverband keine Nachweise vorlegt), bedeutet dies: der Empfänger der Spende bezahlt keine Körperschaftsteuer und Spender macht die Zahlung beim Finanzamt als Sonderausgabe geltend. Diese angebliche Hilfsorganisation sponsert zahlreiche Veranstaltungen von islamistischen Organisationen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Lt. Hamed Abdel Samad ist Islamic Relief als Tarnorganisation dem weltweiten Netzwerk der MB zuzuordnen. (S. 217) Sigrid Hermann-Marschall (SPD-Mitglied) hat den Bundesrechnungshof auf die finanziellen Ungereimtheiten sowie auf die mangelnden Belege zur Gemeinnützigkeit (dafür wäre das Finanzamt Köln in der Pflicht) aufmerksam gemacht. Das Auswärtige Amt hat zumindest bessere Kontrolle der Fördergelder zugesagt. Sonst geschah nichts. (Sigrid Hermann-Marschall wurde von Islamic Relief deswegen geklagt, aber freigesprochen.) Neben Israel haben auch die Vereinigten Arabischen Emirate Islamic Relief verboten; 2012 nahm die Schweizer Bank UBS keine Spendengelder mehr für Islamic Relief an und die Britische Bank HSBC sperrte deren Konten. Islamic Relief bestreitet natürlich vehement die Unterstützung von HAMAS, hat sich aber nie von dieser distanziert und auch nicht von der MB.

9. DAS TÖDLICHE GESCHÄFT MIT DEN SCHARIA-STAATEN

Saudi-Arabien rüstet auf und findet sich bezüglich Militärausgaben (2016: 87,2 Mrd. Dollar) nach den USA und China auf dem 3. Platz - vor Russland (mit 66,4 Mrd.) Deutschland hat seit 1999 die Exporte von militärischem Gerät nach Saudi-Arabien massiv gesteigert (wodurch permanent Artikel 26 (1) des Grundgesetzes verletzt wird. Argumentiert wird mit der Stabilisierung der Region. Auch mit Hilfe von europäischen und anderen Kooperationspartnern (Umgehungen) wird deutsches militärisches Know-how exportiert.

10. TOURISMUS AUF MESSERS SCHNEIDE

1,2 Billionen Dollar werden weltweit im Tourismus jährlich verdient. Je mehr Anschläge, desto weniger Touristen und umso mehr Beachtung für die Terroristen. Terrorismus schadet dem Tourismus, Tourismus hingegen hilft dem Terrorismus, indem viel Geld in dessen Kanäle fließt.

So fließen z. B. auf den Malediven hohe Summen aus dem Tourismusgeschäft in terroristische Aktivitäten. Von dort kommen auch die meisten IS-Kämpfer - bezogen auf die Gesamtbevölkerung. Touristen sollten sich nur in den touristischen Zentren aufhalten, auf den übrigen Inseln regiert die Scharia. Darüber hinaus grassiert auf dem Inselstaat Korruption, Drogen/Menschenhandel und Piraterie. Die Malediven als Archetypus des Scharia-Kapitalismus. (S. 257) Der Tourismus ist der größte Wirtschaftszweig der Malediven. Aus China kommen die meisten Touristen, Deutschland steht an 2. und GB an 3. Stelle. Trotzdem eine Hinwendung zum radikalen Islam stattfindet, wird das Land von der Tourismus Börse in Berlin überschwänglich gelobt.

Auch in den Golfstaaten boomt der Tourismus mit bis zu zweistelligen Zuwächsen bei den Einnahmen. Mehrheitlich sind es Geschäftsreisende, aber die Deutschen sind ganz vorne dabei. Vielfach ist noch nicht bekannt, dass in diesen Ländern die Scharia im Strafrecht gilt.

Indonesien bewegt sich ebenfalls in Richtung eines extrem konservativen und intoleranten Islam, verbunden mit einer Ausweitung des Scharia-Rechtes. Es fällt auf, dass Tourismus und Terrorismus in strukturschwachen Gebieten in einer verhängnisvollen Wechselbeziehung stehen.

Statt von den Zielländern die Einhaltung elementarer Menschenrechte einzufordern, werden von den Tourismuskonzernen Politiker, Behörden und sogar Kriminelle gekauft, nur um unbehelligt den Millionengeschäften nachgehen zu können. Auf Nachfragen gingen die Touristikkonzerne nicht auf die konkreten Probleme ein; sie halten einen Boykott für das falsche Signal und verweisen darauf, dass dies den Ländern die Chance auf Wachstum nähme.

11. VORSCHLÄGE

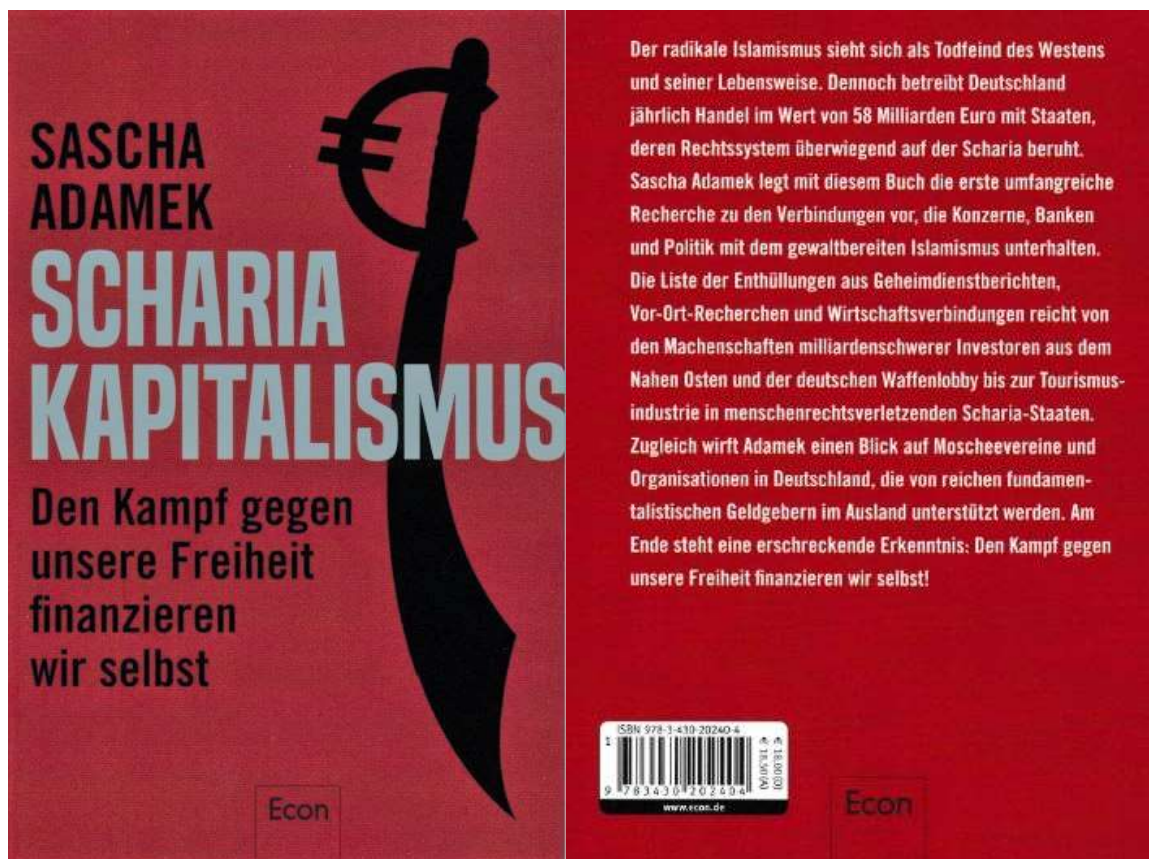
Wie vielfach zu erkennen ist, sind Staaten wie Katar oder Saudi-Arabien bemüht, ihr Image im Westen aufzupolieren. Hier wäre eine neue Politik der Offenheit und Ehrlichkeit angesagt. Die westlichen Regierungen müssten die Themen Extremismus, Terrorismus und Menschenrechte offensiv ansprechen. Nur so kann Druck auf die Scharia-Staaten ausgeübt werden. Doch die westlichen Staaten selbst müssen die Verpflichtungen zur Einhaltung von Anti-Terror-Sanktionen der UN, beispielsweise beim Immobilienhandel, durchsetzen sowie den Waffenhandel einstellen.

Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts würde börsennotierte Unternehmen zwingen, keine Geschäfte mehr auf Kosten der Menschenrechte zu betreiben.

Weiters braucht es eine Reform des Steuergeheimnisses für Vereine. Erst eine Abschaffung kann Licht in die islamistischen finanziellen Geflechte bringen. Ein Ende der Auslandsfinanzierung von Dachverbänden, Einreiseverbot für radikale Imame und Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Vereinen wären weitere Wege, die Islamisierung einzudämmen. Wer Steuermittel beanspruchen möchte, sollte eine Demokratieerklärung ablegen.

12. Kontaktinformationen

Im Namen der Initiative Soziales Österreich bedanke ich mich bei unserer Kollegin H.P. für die Zusammenfassung des Buches „Scharia Kapitalismus“ – Den Kampf gegen unsere Freiheit finanzieren wir uns selbst, verfasst von Sascha Adamek, der sehr anschaulich die Hintergründe der Islamisierung nach Europa ausleuchtet.



Vereinsinformation

